

Beisicht („pro NRW“) bescheinigt Rouhs („pro Deutschland“) Konzeptlosigkeit und Realitätsverweigerung

Der Machtkampf zwischen den rechten und rassistischen Parteien „pro Köln“/ „pro NRW“ und „pro Deutschland“ in Vertretung durch ihre Vorsitzenden Markus Beisicht auf der einen und Manfred Rouhs auf der anderen Seite, geht in seine nächste Runde. Erst am 14. November musste Rouhs eine weitere Schlappe einstecken, als er erst im zweiten Durchgang und lediglich mit vierzig Prozent der Stimmen als Beisitzer in den Vorstand von „pro Köln“ wiedergewählt wurde. Dieser Umstand sowie die „Stuttgarter Erklärung“ über ein Zusammengehen von Republikanern und „pro NRW“ dürften Rouhs vermutlich zur endgültigen öffentlichen Aufgabe des bundesweiten parteipolitischen Anspruchs getrieben haben. Allerdings nicht ohne im Gegenzug eine Unterstützung aller „freiheitlichen“ und rassistischen Organisationen für „pro Deutschland“ bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011 einzufordern. Darauf kam prompt die Antwort von Beisicht, der in einem Interview Rouhs Konzeptlosigkeit vorwarf und eine realistische Einschätzung derzeit vorhandener Kräfte forderte. Damit dürfte er einerseits auf die vielen geflopten Veranstaltungen anspielen, wie aber auch auf den Versuch die fehlende Unterstützung der Berliner Bevölkerung durch die Gründung immer neuer Kreisverbände zu kaschieren. Den Hinweis, Misserfolge auf Grund falscher Situationseinschätzungen könne man nicht gebrauchen, verband er mit dem indirekten Rat, erstmal kleinere Kuchen zu backen, die vielleicht auch erreichbar seien. Dass er aber gleichzeitig zugab, keinerlei Ahnung von der Situation in Berlin zu haben, offenbart die Verbindung der realistischen Einschätzung der Bedeutungslosigkeit von „pro Deutschland“ mit dem eigentlichen Hintergrund eigener machtpolitischer Spielchen und Profilierungssüchte, die er gleichzeitig bei anderen kritisierte. Diese scheinen sie nur dann ausblenden zu können, so lange es um eine gemeinsame rechte und rassistische Plattform für die Europawahlen 2014 geht oder um Seitenhiebe auf die ebenfalls rechtspopulistische Stadtkewitz-Konkurrenzpartei „Die Freiheit“. Nimmt man die eigene Realitätsverweigerung eines Beisicht in diesem Interview dazu, scheint dies ein gesamtdeutsches Phänomen der rechtspopulistischen Szene zu sein. Die letzten Wahlen in NRW haben gezeigt, dass es ihnen weder gelungen ist sich flächendeckend zu verankern, noch darzustellen, dass ihr landesweites Wahlergebnis mit 0,6 Prozent jenseits der Wahrnehmungsgrenze liegt. Begrenzte kleinere Wahlerfolge auf kommunaler Ebene verdanken sie größtenteils lediglich dem Fehlen der Fünfprozenthürde in NRW. Die Strategie durch ungehemmt optimistisch ausgelegte Entwicklungen und Tatsachen die Realität zu verklären, hat bisher allerdings weder in NRW noch in Berlin verfangen. Dass die Abgrenzung zur extremen Rechten ebenfalls lediglich als demokratisch legitimierender Deckmantel dienen soll, bewies Beisicht dieses Mal mit Verweis auf eine fehlende Führungsfigur wie Schönhuber. Stets stolz auf seine Vergangenheit bei der Waffen-SS war der Gründer der Republikaner 1998 auf der DVU-Liste zur Bundestagswahl und zuletzt für die NPD 2005 in Sachsen angetreten. Auch das wankelmütige Engagement des schwedischen Neonazis und angeblichen Millionärs Patrick Brinkmann, der auf seiner langen Reise von extrem rechten Parteien über „pro Deutschland“ nun beim „Projekt Reps-pro NRW“ gelandet ist, untermauert ihre extrem rechte Ausrichtung.

Auch wenn die Zersplitterung und Zerstrittenheit der rechtspopulistischen und rassistischen Szene in Deutschland für einige keine wirkliche Gefahr vermuten lässt, ist Wachsamkeit und Widerstand notwendig. Nicht nur mit Verweis auf die große Zustimmung zu Sarrazins rassistischen Thesen, sondern auch mit Verweis auf das Hauptproblem, das die Existenz solcher Organisationen mit sich bringt – den derzeitigen Rechtsruck einiger Politiker_innen bzw. einiger „etablierter“ Parteien.